

Der Reisepaß des Deutschen Reiches ist mit dem 06.12.2016 erhältlich

Sehr geehrte Damen und Herren Reichs- und Staatsangehörige,

zum 06.12.2016 war es mit unserem Reichs-Reisepaß soweit und wir konnten die Herausgabe freigeben. Somit haben wir einen weiteren entscheidenden Schritt in Richtung Souveränität getan.

Es muß klar sein, daß dieser Reisepaß nur an Reichs- und Staatsangehörige (rechts- und geschäftsfähige Personen) ausgegeben wird. Staatenlose, Reichsbürger und Personen denen die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen wurden, werden keinen Reispaß bekommen.

Die wichtigsten Merkmal und Links:

Merkmale zum RRP:

kein elektr. Speichermedium;

keine biometrischen Daten;

keine integrierte Antenne;

keine Fingerabdrücke;

100% Handarbeit;

100% Datenschutz;

Sicherheitspapier;

hohe Fälschungssicherheit;

32 Seiten;

Paß in transparenter Schutzhülle;

Hier ist der Direktlink zum Reisepaß des Deutschen Reiches:

<http://deutsche-reichsdruckerei.de/Dienst/reichs-reisepass/>

<http://deutsche-reichsdruckerei.de/dokumente.htm>

Der Direktlink auf die Beschreibung:

<http://deutsche-reichsdruckerei.de/Dokumente/Reisepass/Der-DR-Reisepass-061216.pdf>

Der Direktlink auf den Antrag:

<http://deutsche-reichsdruckerei.de/Dokumente/Reisepass/Reispassantrag-DR.pdf>

Mit freundlichen Grüßen

Verantwortlich für diese Seite zeichnet sich das [Reichs- und Bundespräsidium](#)

Amtliche Mitteilung zu

Gemeindegründungen, Gelber Schein, Falschbeurkundungen, Verfassungsinitiativen und Täuschern

Amtliche Mitteilung zu Gemeindegründungen, Gelber Schein, Falschbeurkundungen, Verfassungsinitiativen und Täuschern entgegen der Verfassung des Deutschen Reiches.

Gemeindegründungen

Alle derzeit betriebenen Gemeindegründungen, allen voran die sogenannte Gemeinde Neuhaus, sind genauso illegale wie die BRD-Gemeinden. **Dies gilt auch für Gemeinden, die sich auf den Rechtsstand vor 1914 deklarieren und die hier angegebenen Verfassungen nicht anwenden.** Es gilt in allen Fällen Verfassungs- und Landeshochverrat, so [Artikel 74](#) <http://verfassung-deutschland.de>

Unter folgender Adresse ist die Reichsgemeindeverfassung zu finden, die für das gesamte Deutsche Reich anzuwenden ist:

<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl-1306062-nr21-gemeindeverfassung/>

Die **Ausführungsverordnung** finden Sie wenn Sie nach folgender Adresse suchen **“RGBl-1801091-Nr02“**

Mit dieser Verfassung werden alle BRD-Gemeinden, die mittlerweile nur noch terroristische Vereinigungen sind, aufgelöst. Terroristisch deshalb weil diese Gemeinden keine staatliche Legitimation haben, nicht geschäftsfähig sind und von staatenlosen Geschäftsführern geführt werden.

Gelber Schein

Wer meint, er müsse sich die “deutsche Staatsangehörigkeit” durch einen “gelben Schein” bestätigen lassen, bringt gerade dadurch den entgegengesetzten Willen zum Ausdruck, daß er sich gegen seine, durch Geburt gegebene Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat des Deutschen Reichs von 1871 entschlossen hat. Zusätzlich legitimiert der Gelbe-Schein-Träger auch noch diese im Sinne der BRD handelnden Vasallen und Terroristen.

Falschbeurkundung (Personalausweise, Kennkarten, Staatenlosurkunden, Gelbe Scheine, BRD-Urkunden)

Alle Ausweise, Bescheinigungen, Urkunden und Reisepässe, die nicht durch die staatlich eingerichteten **Deutschen Reichsdruckerei** oder den legitimen **Reichsbehörden** ausgegeben werden und bisher wurden, natürlich auch die, die von der BRD ausgestellt werden und wurden, unterliegen dem Tatbestand, Urkundenfälschung bzw. Falschbeurkundung, Täuschung im Rechtsverkehr, Amtsanmaßung und Betrug. Dies gelten allesamt als Spielzeug oder Spaßartikel, die nur dem Zweck der Aufrechterhaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes dienen.

Täuscher (Wolf im Schafspelz)

Wir verweisen auf die Liste des Reichsamtes zur Bereinigung von politisch-, juristisch- und puplizistischen Staatsterrorismus

Verfassungsgebende Versammlungen oder Nationalversammlung

Auch in dieser Sache, bitte nicht von staatenlosen Egomanen, Verwirrten, Propagantisten und "UnDeutschen" täuschen lassen.

Sollte das Deutsche Volk irgendwann souverän sein und sich eine Verfassung geben wollen, dann freuen wir uns auf diesen Moment. **Derzeit und bis dahin gilt nur ein Verfassung**, die vom damaligen Souverän für das gesamte Deutsche Volk gegeben, beschlossen und in Kraft gesetzt wurde und diese ist auch für jeden ersichtlich unter <http://verfassung-deutschland.de> auch dann wenn ominöse **Reichsbürger** die Meinung verbreiten, daß das Deutsche Reich ein Verein sei und die Verfassung nur eine Verordnung wäre.

Unsere Ausweise sind die einzig legitimen staatlichen Ausweise,

auch dann wenn Sonnenstaatländer wie Herr "Petri-Heil", irgendwelche peinliche Anzeigentexte im Netz verbreitet. Die Angaben in den Dokumenten sind vorbildlich und entsprechen gemäß dem bestmöglichen Wissen recherchiert, die den gesetzgebenden Organen zur Verfügung stehen. Ein Änderung ist nicht nötig und wurden vom Volks-Reichstag in seiner 61. Tagung bestätigt.

Wie mit diesem Wesen umgegangen wird, kann man in den folgenden Seiten sehen - *keine Angst die Todesstrafe wurde im Deutschen Reich abgeschafft*. **Und hüten Sie sich von den Vasallen der Nichtsemiten, denn deren Plan ist immer noch die Vernichtung des Deutschen Volkes und der staatlichen Souveränität und das seit 1933**

<http://rabeste.reichsamt.info>

Legitimationsfrage: Wer hat uns NICHT legitimiert und wer hat uns legitimiert

Die Antwort zur Legitimation als berechtigter Rechtsnachfolger vom Deutschen Reich, bzw. vom Nationalstaat Deutschland.

Antwort:

Wir haben für unser Handeln auf folgende eventuelle Legitimationsorganisationen verzichtet:

01. Vatikan, Jesuiten, Templer, Malteser, Johanniter;
02. Logen, Geheimbünden und Bruderschaften;
03. Freimaurer, Religionen, Scientology;

04. Nationalversammlung, Freistaaten und Parteien;
 05. Alliierten (darunter fällt auch Rußland);
 06. UN, EU, IStGH;
 07. deutsche Volkszugehörige bzw. deutsche Staatenlose und Terroristen;
 08. Weimarer Republik, Medinat Weimar und jüdische Nationalisten;
 09. Großdeutsches Reich, Zionisten, Bilderberger;
 10. BND, StaSi, BfV, BKA, MAD, CIA, Mossad, SIS, KGB;
 11. Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, Bund, BRD, DDR und BRDDDRdvD;
 12. Kommissarische Regierungen, Exilregierungen;
 13. Staatliche Selbstverwaltungen, selbsternannte Königreiche;
-

Wichtiger Hinweis zur Erkenntnis wer uns legitimiert hat:

Es gilt uneingeschränkt und entgegen jeglicher Meinung, daß Deutschland und das Deutsche Reich zu keiner Zeit untergegangen ist, annektiert oder usurpiert wurde. Deutschland und das Deutsche Reich ist rechtsfähig und wird beschrieben durch die Staatsgrenzen zum 31. Juli 1914, sowie durch die Deutsche Reichsverfassung (<http://verfassung-deutschland.de>) die zu keiner Zeit, seit der Inkrafttretung, außerkraft gesetzt worden ist.

Somit gilt uneingeschränkt, das (RuStaG) [Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz 1913](#), das zum 01.01.1914 in Kraft gesetzt wurde und auch nie zu irgendeiner Zeit, seit diesem Datum durch das souveräne Deutschland und Deutsche Reich außer Kraft gesetzt wurde. Siehe diesbezüglich [Artikel 4, die Absätze 1, 11, 12 und 13 der Deutschen Reichsverfassung](#).

Es gilt uneingeschränkt, daß die gesamte Gesetzgebung, des Deutschen Reiches zu keiner Zeit durch den Souverän außer Kraft gesetzt wurde, womit eindeutig feststeht, daß heute noch die Gesetze des souveränen Deutschen Reiches vorrangig Ihre Rechtskraft haben. Siehe [Artikel 2 der Deutschen Reichsverfassung](#), Zitat: „**daß die Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen**“.

Es gilt uneingeschränkt [Artikel 5 der Deutschen Reichsverfassung](#), Zitat:
„**Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrath und den Reichstag. Die Übereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen ist zu einem Reichsgesetze erforderlich und ausreichend.**“

Nur Reichs- und Staatsangehörige, die im Besitz eines unserer Dokumente sind und im Personenstandsregister des Deutschen Reiches geführt werden, sind gemäß tatsächlichem Gesetz rechtsfähig und geschäftsfähig. Demgemäß berechtigt zu wählen, gewählt zu werden, ein Amt anzunehmen und auch ernannt zu werden.

WIR (Reichsleitung, Bundesrath und Volks-Reichstag), unsere Dokumente, Gesetze, Beschlüsse und Handlungen wurden nur durch rechts- und geschäftsfähige Deutsche legitimiert.

Weitere Seiten zum Thema Legitimation:

[Legitimation, Verfassung, Reichsgesetze, Völkerrechtsobjekt Deutschland im Deutschen Reich](#)

[Legitimationsfrage: Wer hat uns NICHT legitimiert und wer hat uns legitimiert](#)

[Legitimation, Verfassung, Reichsgesetze, Völkerrechtsobjekt Deutschland im Deutschen Reich](#)

Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit

Liste der Personen die, auf der Grundlage Ihres Handelns, die Reichsangehörigkeit wieder abgelehnt haben.

Alle Handlungen der nachfolgenden Personen haben im Sinne einer Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit Deutschlands im Deutschen Reich seiner Bundesstaaten und Schutzgebiete, keinerlei staatsrechtliche Wirkung und sind im Sinne der tatsächlich anzuwendenden nationalen sowie internationalen Gesetzgebung, nichtig. Dies gilt auch für alle bisherigen Handlungen dieses Personenkreises, mit Ausnahme der Handlungen, die durch die gesetzgebenden Organe eine Zustimmung erhielten.

Im Sinne dieser Veröffentlichung verweisen wir auch auf die Beweissicherung aller uns bekannt gewordenen Gruppierungen und Bewegungen, Wir warnen ausdrücklich unter <http://www.beweissicherungsamt.de/rabestte/> und wollen dadurch beitragen, daß der Wahnsinn zu Deutschland im Deutsche Reich schnellstmöglich ein Ende findet.

Nun folgt die Liste aller Personen, die Ihre Reichsangehörigkeit wieder abgelehnt haben. In allen Fällen gilt Rechtskraft durch die Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger, ein persönlich zugestelltes Schreiben ist nicht mehr nötig.

Vor- und Zuname	Geburtsdatum	Erfasste Tätigkeit	Begründung bzw. Tat	Datum Verlust des bürgerlichen Ehrenrechtes
Dagmar Sibylle Tietsch	11.12.1956	Ehemals bei Ebel	Präsidentin des Strafsenats am Reichsgericht	28. Juli 2016
Petri, Klaus-Dieter Richard Gerhard	06.08.1946		Verbreitung von Lügen, Rufmord und unbewiesenen Unterstellungen, Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juli 2016

Mahlstedt, René Alexander	14.01.1985	Schriftführer vom Volks-Reichstag	Verbreitung von Lügen, Rufmord und unbewiesenen Unterstellungen, Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juni 2016 mit der Wirkung ab dem 08.04.2016
Leis, Wolfgang Benno Maria	16.12.1957	Deutscher Rechts-Konsulent Bevollmächtigter Staatssekretär	Verbreitung von Lügen, Rufmord und unbewiesenen Unterstellungen, Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juni 2016 mit Wirkung ab dem 08.04.2016
Dresch, Eckhard August	29.02.1952	Deutscher Rechts-Konsulent Bevollmächtigter Staatssekretär	Verbreitung von Lügen, Rufmord und unbewiesenen Unterstellungen, Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juni 2016 mit der Wirkung ab dem 08.04.2016
Müller, Markus	31.05.1967	Bevollmächtigter	Verbreitung von Lügen, Rufmord und unbewiesenen Unterstellungen, Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juni 2016 mit Wirkung ab dem 08.04.2016
Kunz, Michael	28.01.1977	Mediator Bevollmächtigter Staatssekretär	Verbreitung von Lügen, Rufmord und unbewiesenen Unterstellungen, Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juni 2016 mit Wirkung ab dem 08.04.2016
Karojet, Michael J.	11.07.1964	Deutscher Rechts-Konsulent Bevollmächtigter Staatssekretär	Verbreitung von Lügen, Rufmord und unbewiesenen Unterstellungen, Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juni 2016 mit Wirkung ab dem 08.04.2016
Szanyi, Franz	06.03.1954	Mediator Verfassungsschutz Bevollmächtigter Staatssekretär und Präsidialsenat	Verbreitung von Lügen, Rufmord und unbewiesenen Unterstellungen, Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juni 2016 mit Wirkung ab dem 08.04.2016
Gotto, Heinrich August	16.03.1960	Deutscher Rechts-Konsulent Bevollmächtigter Direktor der R-Polizei	Verbreitung von Lügen, Rufmord und unbewiesenen Unterstellungen, Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juni 2016 mit Wirkung ab dem 08.04.2016
Hacker, Alfred	28.09.1956	Deutscher Rechts-Konsulent Bevollmächtigter	Verbreitung von Lügen, Rufmord und unbewiesenen Unterstellungen, Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juni 2016 mit Wirkung ab dem 08.04.2016
Monika a.d.F. Sedlmeir Kurt a.d.F. Vosselmann Georg a.d.F. Zellermayr Johann a.d.H. Ach	xx.xx.xxxx xx.xx.xxxx xx.xx.xxxx xx.xx.xxxx	Administrative Regierung des "Bundesstaates" Bayern gemäß Notwahl	Bundesstaat-Täuscher Landes- und Hochverrat Verfassungsverrat Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juni 2016 mit Wirkung ab dem 18.10.2012
Claudia a.d.F. Roser Nicole a.d.F. Wilhelm Mark a.d.F. Wilhelm Norbert a.d.F. Rädle Nicko a.d.F. Ulrich Manuel a.d.F. Noack	xx.xx.xxxx xx.xx.xxxx xx.xx.xxxx xx.xx.xxxx xx.xx.xxxx	Administrative Regierung des "Bundesstaates" Baden gemäß Notwahl	Bundesstaat-Täuscher Landes- und Hochverrat Verfassungsverrat Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juni 2016 mit Wirkung ab dem 18.10.2012
Arthur a.d.F. Eisold Kurt a.d.F. Geiselhart Max Erwin a.d.F. Kaufmann Harald a.d.F. Kutscher Armin a.d.F. Dr. Toepsch	xx.xx.xxxx xx.xx.xxxx xx.xx.xxxx xx.xx.xxxx xx.xx.xxxx	Administrative Regierung des "Bundesstaates" Württemberg gemäß Notwahl	Bundesstaat-Täuscher Landes- und Hochverrat Verfassungsverrat Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juni 2016 mit Wirkung ab dem 18.10.2012
Dirk-Thomas a.d.H. Sperling Dorothea a. d. F. Kaufmann Robert a. d. F. Eisfeldt	xx.xx.xxxx xx.xx.xxxx xx.xx.xxxx	Administrative Regierung des "Bundesstaates" Sachsen gemäß Notwahl	Bundesstaat-Täuscher Landes- und Hochverrat Verfassungsverrat Beteiligung an strafbare Handlungen	28. Juni 2016 mit Wirkung ab dem 18.10.2012

Gerd Winkler	15.07.1955	Phoenix-Makler.net war vor Jahren einige Zeit im VBR	Hetzer und Anhänger des Freimaurers Janssen und Verherrlicher des Grundgesetzes	28. Juni 2016 mit Wirkung ab dem 27.06.2009
--------------	------------	--	--	---

Der Zurückweisung der Reichsangehörigkeit durch die oben genannten Personen, wird begründet durch nachfolgende Handlungen

Folgende Eigenschaften wurden uns bekannt:

Beteiligung an Unterstellungen, Absprachen und an illegalen Handlungen gegen ein Verfassungsorgan;

Verweigerung einer zwingend erforderliche Aussprache mit einem der Verfassungsorgane;

Verstoß gegen reichsrechtliche Vorschriften und Anweisungen;

Verstoß, unter anderem, gegen die Artikel 2, 4, 5, 6, 19, 74 der Deutschen Reichsverfassung

<http://deutsche-reichsverfassung.de>;

Beteiligung am strafrechtlich zu verfolgenden Verfassungs-, Landes- und Hochverrat, siehe die § 81. bis § 90. des StGB <http://justitia-deutschland.org/S/StGB-1876.htm>;

Erstveröffentlichung, 28. Juni 2016

Amtsenthaltungen

Aus Datenschutzgründen werden immer nur die Anfangsbuchstaben genannt.

Juni 2016 Folgende Amtsträger, wurden gemäß der Abstimmung durch die gesetzgebenden Organe, von Ihren Ämtern oder Rechten entbunden. Alle Nachgenannten sind der Einladung ferngeblieben und waren für eine Klärung nicht bereit.

Schriftführer im Volks-Reichstag (Herr R.A.M.)

Bevollmächtigter im Volks-Bundesrath (Herr F.S.)

Bevollmächtigter im Volks-Bundesrath (Herr M.J.K.)

Bevollmächtigter im Volks-Bundesrath (Herr E.A.D.)

Bevollmächtigter im Volks-Bundesrath (Herr. W.B.M.L.)

In der 85ten Tagung des Volks-Bundesrathes, wurde den 48 Anwärtern zum Deutschen Recht-Konsulenten oder Mediator die Zustimmung zur Berechtigung, gemäß der alten Satzung und den Vorschriften erteilt. Zusätzlich wurde der neuen Verbandssatzung und den neuen Beitrittzuschriften für den Reichsverband Deutscher Recht-Konsulenten (RDRK) die Zustimmung erteilt, womit der RDRK nun absolut souverän, neutral und autark handeln kann.

Folgende Amtsträger, wurden gemäß der Abstimmung der Vertrauensfrage an die gesetzgebenden Organe, von Ihren Ämtern entbunden. Eine beantragte Aussprache wurde verweigert, so auch die Erfüllung anvertrauter Aufgaben.

Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Präsidialsenat (Herr F.S.)

Staatssekretär im Reichsamt für Luftfahrtwesen (Herr W.B.M.L.)

Staatssekretär im Reichsamt für Versicherungswesen und Beweissicherungsamt (Herr E.A.D.)

Staatssekretär im Reichsamt für Luftfahrtwesen (Herr M.K.)

Folgende Amtsträger wurden durch ein Mißtrauenvotum zum 27.06.2014, nach vorheriger Abstimmung der Vertrauensfrage an die gesetzgebenden Organe wieder von Ihren Ämtern entbunden:

Reichskanzler bzw. Reichskanzlerin und Bevollmächtigte im VBR (A.J.T.)
Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Bevollmächtigter im VBR (A.O.K.)
Unterstaatssekretärin im Auswärtigen Amt und Bevollmächtigte im VBR (D.P.K.)
Bevollmächtigter im VBR (S.L.P.)
Präsident des Volks-Reichstages und Präsidialsenat (W.R.)
Staatssekretär im Reichswirtschaftsamtes (J.S.S.)

Folgende Amtsträger wurden durch ein Mißtrauenvotum zum 10.03.2014, nach vorheriger Abstimmung der Vertrauensfrage an die gesetzgebenden Organe wieder von ihren Ämtern entbunden:

Polizeidirektor der Deutschen Reichspolizei und Bevollmächtigter im VBR (A.J.T.)
Bevollmächtigter im VBR (K.D.L.)

Folgende Amtsträger wurden durch ein Mißtrauenvotum zum 25.11.2013, nach vorheriger Abstimmung der Vertrauensfrage an die gesetzgebenden Organe wieder von ihren Ämtern entbunden:

Reichskanzler, Ober-Reichsanwalt und Bevollmächtigter im VBR (J.W.)
Präsident des Reichsgerichtes und Bevollmächtigter im VBR (M.G.W.)
Reichsgerichtsrath und Delegierter im VRT (U.H.L.Z.)
Schatzmeisterin der Reichskasse, Staatssekretärin des Reichsschatzamtes und Bevollmächtigte des VBR (V.M.M.F.)
Präsident des Volks-Reichstages und Präsidialsenat(H-P.M.)
Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Präsidialsenat und Bevollmächtigter im VBR (P.P.S.)

Folgende Amtsträger wurden durch ein Mißtrauenvotum zum 29.05.2013, nach vorheriger Abstimmung der Vertrauensfrage an die gesetzgebenden Organe wieder von ihren Ämtern entbunden:

Staatssekretär des Reichsschatzamtes und Bevollmächtigte des VBR (B.S.)

Folgende Amtsträger wurden durch ein Mißtrauenvotum zum 12.06.2012, nach vorheriger Abstimmung der Vertrauensfrage an die gesetzgebenden Organe wieder von ihren Ämtern entbunden:

Vizepräsident des Volks-Reichstages und Präsidialsenat (C.S.)

Folgende Amtsträger wurden durch ein Mißtrauenvotum zum 25.05.2012, nach vorheriger Abstimmung der Vertrauensfrage an die gesetzgebenden Organe wieder von ihren Ämtern entbunden:

Staatssekretär im Reichsgrundbuchamt (C.S.)

Folgende Amtsträger wurden durch ein Mißtrauenvotum zum 27.03.2012 und am 13.04.2012, nach vorheriger Abstimmung der Vertrauensfrage an die gesetzgebenden Organe wieder von ihren Ämtern entbunden:

Staatssekretär im Amt für Landwirtschaft und Forsten (G.S.)
Präsident des Volks-Reichstages (J.B.)

Präsident im Reichsverband des RDRK (B.W.)
Schatzmesiterin im Reichsverband des RDRK (G.P.)

Folgende Amtsträger wurden durch ein Mißtrauenvotum zum 27.03.2012 und am 13.04.2012, nach vorheriger Abstimmung der Vertrauensfrage an die gesetzgebenden Organe wieder von ihren Ämtern entbunden:

Staatssekretär im Amt für Landwirtschaft und Forsten (G.S.)
Präsident des Volks-Reichstages (J.B.)

Präsident im Reichsverband des RDRK (B.W.)
Schatzmesiterin im Reichsverband des RDRK (G.P.)

Folgende Amtsträger wurden durch ein Mißtrauenvotum zum 20.10.2011 und 12.11.2011, nach vorheriger Abstimmung der Vertrauensfrage an die gesetzgebenden Organe wieder von ihren Ämtern entbunden:

Staatssekretär im Reichsschatzamt und Bevollmächtigter im VBR (A.O.)
Bevollmächtigter im VBR (W.K.)
Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Bevollmächtigter im VBR (H.v.K.)
Polizeidirektor im Reichspolizeiamt (A.K.)
Leiter des Stabes im Reichspolizeiamt (B.O.)

Niederlegung der Ämter und der Tätigkeit wegen der Nichtigkeitserklärung der Tagungen vom Volks-Reichstag am 23.05.2010, 20.06.2010 und am 27.06.2010, nach vorheriger Abstimmung durch den Volks-Bundesrath.

Verleihung der Ehren-Reichs- und Staatsangehörigkeit an Herrn Putin

Der Präsidialsenat, das Präsidium des Deutschen Reiches

im Namen des Deutschen Reiches

In Kraft gesetzt am 25.01.2016 durch Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger nach erfolgter Zustimmung des Volks-Bundesrathes und des Volks-Reichstages, was folgt:

Präsidium des Bundes, Präsidialsenat zum 03.03.2016

In der heutigen und 57ten Tagung des Volks-Reichstages, wurde auch der Präsidialsenat des Deutschen Volkes gewählt. Zur Wahl wurden folgende Personen durch den Volks-Bundesrath vorgeschlagen.

- a) Herr Georg Friedrich Prinz von Preußen, Chef des Hauses Hohenzollern**
- b) Herr Wladimir Wladimirowitsch Putin, als Präsident der Russischen Föderation**

Die Entscheidung fiel im Volks-Reichstag einstimmig auf den russischen Präsidenten **Herr Wladimir Wladimirowitsch Putin**, da er der einzige führende und exterritoriale amtierende Präsident ist, der seine Aufmerksamkeit und Bereitschaft auch der "Erfreiung" des Deutschen Volkes und der Wiederherstellung der Einheit und Freiheit Deutschlands im Deutschen Reich gewidmet hat. Zusätzlich möchte das Deutsche Volk (Reichs- und Staatsangehörige) durch seinen Volks-Reichstag sein Pflicht gegenüber dem großen Bruder offenkundig mitteilen, denn die wahrhaftigen Deutschen stehen zu Rußland und seinen Präsidenten.

In der 82ten Tagung des Volks-Bundesrath wurde dem Beschluß des Volks-Reichstages zugestimmt, womit verfassungsrechtlich gemäß [Artikel 5](#) , dem [Artikel 11](#) der Deutschen Reichsverfassung abgeholfen wurde.

Herr Wladimir Wladimirowitsch Putin gehört somit zum Präsidium des Bundes.

Gemäß dem Reichsgesetz:

<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rvgl-1005232-nr7-uebergangsgesetz-zur-wiederherstellung-der-handlungsfahigkeit-des-deutschen-reiches/> können alsbald die Vorbereitungen getroffen werden, um friedensvertraglichen Regelungen zu erschaffen, die das seit 1920 bestehende Besatzungstatut beenden werden.

Der Präsidialsenat ist gemäß Beschluß der 37ten Tagung des Volks-Bundesrath besetzt.

Amtliche Mitteilung zu Gemeindegründungen, Gelber Schein, Falschbeurkundungen und Täuschern entgegen der Verfassung des Deutschen Reiches.

Amtliche Mitteilung zu Gemeindegründungen, Gelber Schein, Falschbeurkundungen und Täuschern entgegen der Verfassung des Deutschen Reiches.

Gemeindegründungen

Alle derzeit betriebenen Gemeindegründungen, allen voran die sogenannte Gemeinde Neuhaus, sind genauso illegale wie die BRD-Gemeinden. **Dies gilt auch für Gemeinden, die sich auf den Rechtsstand vor 1914 deklarieren und die hier angegebenen Verfassungen nicht anwenden.** Es gilt in allen Fällen Verfassungs- und Landeshochverrat, so [Artikel 74](#)
<http://verfassung-deutschland.de>

Mit dieser Verfassung werden alle BRD-Gemeinden, die mittlerweile nur noch terroristische Vereinigungen sind, aufgelöst. Terroristisch deshalb weil diese Gemeinden keine staatliche

Legitimation haben, nicht geschäftsfähig sind und von staatenlosen Geschäftsführern geführt werden.

Gelber Schein

Wer meint, er müsse sich die "deutsche Staatsangehörigkeit" durch einen "gelben Schein" bestätigen lassen, bringt gerade dadurch den entgegengesetzten Willen zum Ausdruck, daß er sich gegen seine, durch Geburt gegebene Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat des Deutschen Reichs von 1871 entschlossen hat.

Falschbeurkundung (Personalausweise, Kennkarten, Staatenlosurkunden, Gelbe Scheine, BRD-Urkunden)

Alle Ausweise, Bescheinigungen, Urkunden und Reisepässe, die nicht durch die staatlich eingerichteten **Deutschen Reichsdruckerei** oder den legitimen **Reichsbehörden** ausgegeben werden und bisher wurden, natürlich auch Die, die von der BRD ausgestellt werden und wurden, unterliegen dem Tatbestand, Urkundenfälschung bzw. Falschbeurkundung, Täuschung im Rechtsverkehr, Amtsanmaßung und Betrug. Dies gelten allesamt als Spielzeug oder Spaßartikel, die nur dem Zweck der Aufrechterhaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes dienen.

Täuscher (Wolf im Schafspelz)

Wir verweisen auf die Liste des Reichsamtes zur Bereinigung von politisch-, juristisch- und puplizistischen Staatsterrorismus

<http://rabeste.reichsamt.info>

Unabhängigkeitserklärung des Deutschen Volkes

Unter dem Aktenzeichen TYR-2512-PEL-014 an die Öffentlichkeit gebracht

(2te) **Unabhängigkeitserklärung des Deutschen Volkes und des Deutschen Reiches am 18. Januar 2015**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Herzen Europas, wo sich die deutschen Völker im Jahre 1871 zum ewigen Bund mit dem Namen Deutsches Reich geeinigt haben. In den Ländern, Auen und Wäldern Europas, in der die Kultur, Sprache und Tradition deutscher Völker aus Urzeiten gepflegt und behutsam mit sehr viel Fleiß und Geduld, von Generation zu Generation weitergetragen wurde. In diesem Teil Europas erschufen die Deutschen aus der Erfahrung uralter Traditionen eine nationale, politische und außerordentliche Gemeinschaft, in der Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft auch denen zuteil wird, die nicht aus den deutschen Völkern entstammen. Maßlose, gewissenlose und äußerst korrupte Politiker, Banker, Journalisten unter Mithilfe von hochkriminellen Ausländern haben die Grenzen des Zumutbaren und Machbaren der Deutschen überspannt. Wir, das wahrhaftige Deutsche Volk, erklären hiermit unsere Unabhängigkeit von so gearteten Wesenheiten und Handlungen, wir fordern unser völkerrechtliches

und unumstrittenes Recht auf Heimat in dem Staatsgebiet vom 31. Juli 1914.

Das Deutsche Volk ist nicht mehr bereit die Vertreibungen, Verbannungen, Geschichtsverfälschungen und den Holocaust zu Dresden zu verschweigen. Es ist auch nicht mehr bereit seine Heimat den kulturfremden Völkern widerstandslos zu überlassen; es bekennt sich zu den Grundsätzen und der Einhaltung von Völker- und Menschenrechten sowie den Naturrechten; es bekennt sich zur Wahrheit und zur Anerkennung aller freiheitlich und friedfertigen Völker, aller staatlich oder historisch gewachsenen Kulturen in deren jeweiligen Regionen, Provinzen, Länder und Kontinenten.

Das Deutsche Volk ist nicht mehr gewillt, die unwürdigen Handlungen monetärer, wirtschaftlicher, zionistischer und freimaurerischer Gesellschaften, Religionen und Handelsorganisationen durch Schweigen und Wegschauen, ohne staatliche Ordnung sowie staatliche Überwachung wirken zu lassen. Wir werden diesem unkontrollierten und unmäßigen Treiben nicht mehr tatenlos zusehen und bieten allen souveränen Staaten sowie souveränen und friedlich lebende Völkern mit dem gleichen Ansinnen die Hand und den Geist des Friedens, der Akzeptanz sowie die Garantie der Anerkennung gesetzlicher und kultureller Grenzen.

Die zionistische Katastrophe, die in unserer Zeit nicht nur über das Deutsche Volk hereinbrach und in der Welt Millionen von Menschen vernichtete, bewies unwiderleglich, daß das Problem der Heimatlosigkeit durch die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in Europa gelöst werden muß.

Die Überlebenden des zweiten 30jährigen Krieges auf dem heiligen Boden der Deutschen, im Herzen Europas, scheuten weder Mühsal, Folter, Vertreibung, Rufmord, Gefangenschaft noch Gefahren, um die Hoffnung aufrechtzuerhalten, zu einem geeigneten Zeitpunkt das Recht auf Heimat, Würde, Ehre und Freiheit einzufordern.

Dieser Zeitpunkt ist nun gekommen.

Demzufolge verkünden wir, das Volk, der Volks-Bundesrath, der Volks-Reichstag, das Deutsche Reichsamt, das Bundes- und Reichspräsidium, als einzig legitime staatliche Vertreter des Deutschen Volkes und oberste Gesetzgeber des Deutschen Reiches / Deutschland, heute, am 18ten Tag im Monat Januar des Jahres 2015, kraft unseres natürlichen, historischen und vererbten Selbstbestimmungsrechtes: Wer gegen die Deutsche Reichsverfassung und die damit verbundenen tatsächlich geltenden Gesetze, Verordnungen, Regeln und Beschlüsse verstößt, hat in unserem Heimatstaat sein Selbstbestimmungsrecht und Mitbestimmungsrecht verwirkt. Dies gilt besonders für alle böartigen, verlogenen und kriegerischen Organisationen, Parteien, Politiker, die Presse, Banken oder Einzelpersonen ohne Beachtung von Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Volkszugehörigkeit, Alter, Herkunft oder bisheriger Verdienste, demgemäß alle die gegen das Heimatrecht der Deutschen und dessen Nachbarn verstoßen und das friedliche Miteinander der souveränen Völker missachten und beschmutzen.

Entsprechend aller bisher geleisteten Übergangsmaßnahmen zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches / Deutschland, das im Sinne des zwingend erforderlichen Weltfriedens mit der tatsächlichen Wiedervereinigung Deutschlands einher geht, werden wir nun das vollenden, was dem Deutschen Volk seit 100 Jahren mit unglaublicher Härte, mit unvorstellbarer Geschichtsverfälschung und grenzenlosen Betrugereien nicht erlaubt wurde “Die Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands“.

Um abschließend die nötigen friedensvertraglichen Regelungen souverän und verbindlich erfüllen zu können, gilt es die staatlichen Grenzen vom 31. Juli 1914 einzurichten und alle fremden Truppen, Fremdverwaltungen und sonstige unnötige Organisationen aus dem Hoheitsgebiet zu entfernen.

Mit der für alle Welt offenkundigen Verabschiedung aller nichtdeutschen Militärregierungen und Fremdverwaltungen aus dem Hoheitsgebiet übertragen wir die Verantwortung auf Alle die durch das Versailler Diktat direkt in Not geraten sind und nicht dem Reichsrecht unterstehen in deren Verantwortung, mit dem Wunsch, gleich dem Deutschen Volke gerecht, ehrlich, unbestechlich und besonnen zu handeln.

Das Deutsche Volk bekennt sich zu seinem Nationalstaat Deutschland mit dem Namen Deutsches Reich, zum ewigen Bund dieser Bundesstaaten und seinen Schutzgebieten. Das Deutsche Volk steht bereit, die gesamte Verwaltung und Organisation eines souveränen, freiheitlichen, friedlichen, verantwortungsbewussten sowie demokratischen Staat wieder auf das Höchstmaß zu bringen.

Das Deutsche Reich / Deutschland wird auch in Zukunft alle Menschen aufnehmen, Die die Kulturen, die Traditionen und die Gemeinschaft der deutschen Völker annehmen, achten und würdevoll erhalten. Alle sich im Staatsgebiet aufhaltenden, durchreisenden und wohnenden Menschen werden sich der Entwicklung des Staates und dem Wohle aller seiner Bewohner widmen; sie werden Freiheit, Gerechtigkeit und den Frieden im Sinne aller Völker und Nationen bewahren; auch werden sie ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, die soziale und politische Gleichberechtigung leben. Es wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleistet und sie werden die Heiligen Stätten erhalten und pflegen, wie es dem Urwesen der Deutschen entspricht.

Das Deutsche Reich / Deutschland wird mit den friedlich und ehrlich gesinnten Organen und Vertretern, die bisher die Verantwortung der Verwaltung für das Deutsche Reich inne hatten und allen befreundeten sowie friedlichen Staaten aber auch Organisationen zusammenwirken, um die Herstellung der Handlungsfähigkeit des Staates nicht nur erfolgreich sondern für alle Welt auch vorbildlich zu vollziehen.

Wir reichen allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und zu guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe mit dem unabhängigen Deutschen Volk auf.

Diese **Unabhängigkeitserklärung** soll die ganze Welt erfahren, denn das Recht des Deutschen Volkes ist das Recht aller Naturvölker dieser Erde, die durch Fleiß, Mühsal, Treue, Abwehr vieler Gefahren, Aufbau und harter Arbeit natürlich gewachsen ist.

Berlin, den 18. Januar 2015

Erhard Lorenz
Präsidialsenat
Staatssekretär des Innern

Mit der bitte an Alle in jeden Verteiler zu bringen, hier als pdf-Datei:

[Unabhaengigkeitserklaerung-Deutschland-180115.pdf](#)

[Unabhaengigkeitserklaerung-Deutschland-S1-180115.jpg](#) (522 kB)

[Unabhaengigkeitserklaerung-Deutschland-S2-180115.jpg](#) (679 kB)

[Unabhaengigkeitserklaerung-Deutschland-S3-180115.jpg](#) (232 kB)

Bevollmächtigung des Reichskanzlers und des Bundesrathes auch nach dem 28.12.1918

Auch der Rat der Volksbeauftragten muß die Stellung des Bundesrathes akzeptieren, darum die nachfolgende Ermächtigung. Bisher konnten wir keinen Nachweis finden, daß dieses Gesetz irgendwann außer Kraft gesetzt wurde.

§ 3

§ 10 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet auf die Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik keine Anwendung.

§ 4

Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat dem Wähler die Bescheinigung vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen.

Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokoll beigelegt; ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt.

§ 5

Die Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.
Berlin, den 7. Januar 1919.

Der Rat der Volksbeauftragten

Ebert Scheidemann

Der Staatssekretär des Innern

Dr. Preuß

(Nr. 6622) Bekanntmachung über die Gültigkeit der während des Krieges von dem Bundesrate, dem Reichskanzler, der Heeresverwaltung und den militärischen Befehlshabern erlassenen wirtschaftlichen Verordnungen. Vom 28. Dezember 1918.

Eingriffe einzelner Personen sowie örtlicher Instanzen in die durch kriegswirtschaftliche Verordnungen geregelten Gebiete zeugen von der vielfach herrschenden Auffassung, daß diese Verordnungen durch die Änderung der Regierungsreform außer Kraft getreten seien.

Demgegenüber wird ausdrücklich festgestellt, daß alle von dem Bundesrate, dem Reichskanzler, der Heeresverwaltung und den militärischen Befehlshabern innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen kriegswirtschaftlichen Verordnungen, soweit nicht ihre Aufhebung seitens der zuständigen Stellen besonders verfügt ist, ihre Wirksamkeit in vollem Umfang behalten haben und daß auch in Zukunft die Regelung der Bewirtschaftung der in Frage kommenden Stoffe ausschließlich den in den Verordnungen genannten oder den inzwischen an ihre Stelle getretenen Behörden vorbehalten ist. Jedes Eingreifen Dritter in die durch kriegswirtschaftliche Anordnungen geregelten Gebiete ist unzulässig und strafbar. Dies gilt auch für Handlungen von Landes- und lokalen Instanzen, denen die Befugnis zu wirtschaftlichen Maßnahmen nicht ausdrücklich übertragen ist.

Berlin, den 28. Dezember 1918.

Die Reichsregierung

Ebert

Scheidemann

Der Staatssekretär
des Reichswirtschaftsamts
Dr. August Müller

Der Staatssekretär des Reichsamts
für wirtschaftliche Demobilmachung
Roeth

und des Bundesrathes auch nach dem 28.12.1918

— 16 —

§ 3

§ 10 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet auf die Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik keine Anwendung.

§ 4

Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat dem Wähler die Bescheinigung vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen.

Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokoll beigelegt; ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt.

§ 5

Die Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.
Berlin, den 7. Januar 1919.

Der Rat der Volksbeauftragten
Ebert Scheidemann

Der Staatssekretär des Innern
Dr. Preuß

(Nr. 6622) Bekanntmachung über die Giltigkeit der während des Krieges von dem Bundesrate, dem Reichskanzler, der Heeresverwaltung und den militärischen Befehlshabern erlassenen wirtschaftlichen Verordnungen. Vom 28. Dezember 1918.

Eingriffe einzelner Personen sowie örtlicher Instanzen in die durch kriegswirtschaftliche Verordnungen geregelten Gebiete zeugen von der vielfach herrschenden Auffassung, daß diese Verordnungen durch die Änderung der Regierungsreform außer Kraft getreten seien.

Demgegenüber wird ausdrücklich festgestellt, daß alle von dem Bundesrate, dem Reichskanzler, der Heeresverwaltung und den militärischen Befehlshabern innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen kriegswirtschaftlichen Verordnungen, soweit nicht ihre Aufhebung seitens der zuständigen Stellen besonders verfügt ist, ihre Wirksamkeit in vollem Umfang behalten haben und daß auch in Zukunft die Regelung der Bewirtschaftung der in Frage kommenden Stoffe ausschließlich den in den Verordnungen genannten oder den inzwischen an ihre Stelle getretenen Behörden vorbehalten ist. Jedes Eingreifen Dritter in die durch kriegswirtschaftliche Anordnungen geregelten Gebiete ist unzulässig und strafbar. Dies gilt auch für Handlungen von Landes- und lokalen Instanzen, denen die Befugnis zu wirtschaftlichen Maßnahmen nicht ausdrücklich übertragen ist.

Berlin, den 28. Dezember 1918.

Die Reichsregierung

Ebert Scheidemann

Der Staatssekretär
des Reichswirtschaftsamts
Dr. August Müller

Der Staatssekretär des Reichsamts
für wirtschaftliche Demobilmachung
Roeth